Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Raholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 307 | Mittwoch, den 7. November 1934 | Jahrgang 1934

Tagesrundschau.

Der Preiskommissar. Nachdem schon in verschiedenen Aufrufen und Erlassen, so vor allem in dem des Ministerpräsidenten Göring, dem deutschen Volke sehr deutlich kundgegeben war, daß die Regierung keine ungerechtfertigten Preissteigerungen dulden werde, sondern es als ein nicht hart genug zu ahnendes Verbrechen ansehe, wenn von einzelnen Seiten versucht werde, den privatkapitalistischen Profit über das allgemeine Volkswohl zu stellen, ist am Montag durch die Ernennung des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler zum Reichskommissar für Preisüberwachung ein übriges geschehen, um die aus wirtschaftspolitischen Gründen notwendige Stabilhaltung der Löhne und Gehälter nicht durch Preistreibereien gefährden zu lassen. Es gibt allerdings auch Preiserhöhungen, die gerechtfertigt sind. Erinnert sei nur an diejenigen, die sich aus der Sorge für den Wiederaufbau des Bauernstandes ergeben haben, oder an solche, die vom Anziehen der Preise für gewisse ausländische Rohstoffe herrühren und sich dann bis zur Fertigware oder bis zum Einzelhandel auswirken. Derartigen Preiserhöhungen, die natürlich auch nicht ohne jede Kontrolle bleiben dürften, gilt nicht der Kampf; er richtet sich vielmehr gegen die Steigerungen, die in eigennütziger Profitsucht ihre Ursache haben, angeregt wohl zum Teil auch durch eine verstärkte Nachfrage infolge der in jüngster Zeit vielfach beobachteten, durchaus verurteilenswerten, weil die Volksgemeinschaft schädigenden Hamsterei. Diese Machenschaften müssen unterbunden werden, und die Regierung tritt ihnen beim Auftauchen der ersten Anzeichen von Preistreibereien scharf entgegen. Daß der mit der Aufgabe der Preisüberwachung betraute Leipziger Oberbürgermeister dafür der richtige Mann ist, dürfte noch vom Winter 1931-32 her in allgemeiner Erinnerung sein. Damals hat Dr. Gördeler mit Energie, wirtschaftlichem Verständnis und Erfolg in wenigen Monaten auf Grund der Befugnisse, die dem Preiskommissar durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eingeräumt waren, den Lebenshaltungsindex um acht bis zehn Prozent gesenkt. Das gleiche weitgehende Aufsichtsrecht über die Preise im gesamten Bereich des lebensnotwendigen Bedarfes hat Dr. Gördeler auch jetzt. Dieses Recht war durch das Gesetz vom 15. Juli 1933 je nach dem in Frage kommenden Geschäftsbereich auf den Reichswirtschafts- und den Reichsernährungsminister übertragen worden. Jetzt fällt es, begrenzt bis zum 1. Juli 1935, auf den Reichskommissar zurück. Und nicht nur der Einzelhandel untersteht seiner Ueberwachung, sondern er ist auch beauftragt die Preise von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, also auch von jenen Warengruppen, deren Regulierung dem Reichsnährstand unterstellt ist, einer Ueberprüfung zu unterziehen. Regelte der Preiskommissar früher die wichtigsten und für die zentrale Bearbeitung günstig liegenden Dinge selber und konnte er Beauftragte für bestimmte Gebiete bestellen oder seine Befugnisse den obersten Landesbehörden übertragen, so ist wohl anzunehmen, daß auch jetzt ähnlich verfahren wird.

★

Recht und Frieden. Gegen die vermessene Absicht Frankreichs, auf Abruf durch die Regierungskommission motorisierte Truppen ins Saargebiet einmarschieren zu lassen, hat das deutsche Volk durch seine Presse leidenschaftlich protestiert. Einmütig und unmißverständlich! Um den Franzosen aber jeglichen Vorwand für einen gewaltsamen Eingriff ins Saargebiet zu nehmen und damit uns Deutschen, die wir nichts mehr als unser Recht von der Welt verlangen und keine außenpolitischen Verwicklungen wünschen, niemand auch nur mit einer Spur von Berechtigung nachsagen kann, wir bedrohten den internationalen Frieden und dächten im Zusammenhang mit der Volksabstimmung an der Saar an einen Putsch, darum hat der Reichsbevollmächtigte für das Saargebiet, Gauleiter Bürckel, sogleich ein Uniform- und ein Versammlungsverbot für die kritischen Wochen der Saarabstimmung angeordnet. In einem 40 Kilometer breiten Streifen an den deutschen Grenzen des Saargebiets werden in der Abstimmungszeit weder SA- noch SS-Leute zu sehen sein. Da sich rechts des Rheines eine 50 Kilometer breite „entmilitarisierte Zone" hinzieht, liegt die nächste Reichswehrgarnison mindestens 120 Kilometer von der Saargrenze entfernt. Wie mag man unter solchen Umständen noch länger gegen Deutschland den Vorwurf aufrechterhalten, Putschabsichten im Saargebiet zu verfolgen? Klar und unmißverständlich hat der Leiter der Deutschen Front eben noch die deutsche Saarbevölkerung an unbedingte Disziplin ermahnt. Diese Disziplin fällt den Separatisten und Status quo-Politikern allerdings auf die Nerven. Deshalb mag es schon vorkommen, daß sich Terroristen der anderen Seite in die Deutsche Front einschleichen. Solchen Terroristen gilt es das Handwerk zu legen. Alle Saardeutschen haben nur einen Wunsch: unter keinen Umständen im Schatten feindlicher Bajonette ihre Meinung bei der Volksabstimmung „frei" zu äußern. Nimmermehr darf das Saargebiet in den Wochen der Entscheidung zum Spielball der „hohen Politik" ernie-

drigt werden. Die Rechtsverhältnisse liegen denkbar einfach. Die Juristen Frankreichs und des Völkerbundes haben keinerlei Veranlassung, sich über die völkerrechtlichen Fragen nach der Saarabstimmung die Köpfe zu zerbrechen. Noch einmal und gerade im rechten Augenblick hat sich die Akademie für deutsches Recht in einer großen Denkschrift an die Juristen der ganzen Welt gewandt. Die Denkschrift zeigt die Fragen auf, auf die es ankommt. Es steht im Widerspruch zu den Vertragsbestimmungen, wenn jetzt von ausländischen Kronjuristen von neuem die Frage einer „zweiten Volksabstimmung" (nach dem Ende „Nazideutschlands") aufgeworfen wird. Als unzulässig müssen auch alle Ueberlegungen angesehen werden, die darauf abzielen, dem Deutschen Reiche bei einer Rückgliederung des Saargebietes eine Einschränkung der Souveränität zuzumuten. Man weiß, was auf dem Spiele steht: Die Kronjuristen Frankreichs und des Völkerbundes zweifeln nicht an einem für Deutschland günstigen Ausgang der Abstimmung. Aber sie halten sich schon jetzt für verpflichtet, den Separatisten und Status quo-Politikern das gleiche Recht im Saargebiet auch nach der Rückgliederung zu sichern. Die Denkschrift der Akademie für deutsches Recht muß angesichts solcher Pläne auf das klare Vertragsrecht verweisen. Es wird nicht schwer sein, die Frage zu beantworten, wer im Saargebiet als Friedensstörer auftritt. Deutschland unter keinen Umständen! Ministerpräsident Göring betonte eben jetzt in einem Aufsatz noch einmal: „In unserem Verhältnis zu Frankreich liegt einzig und allein eine offene Frage, über die aber auch Verständigung zu erzielen wäre, wenn Frankreich nur will: die Saarfrage." Will aber Frankreich eine Verständigung? Davon ist noch nichts zu spüren. Noch leben ja die französischen Generale und Politiker, denen Foch und Clemenceau in Versailles längst nicht weit genug gegangen waren. Diesen Kreisen wird es sehr auf die Nerven gehen, daß ihr Land im Innern nicht gefestigt genug ist, um den „äußeren Gefahren" — d. h. dem, was sie so nennen — wirksam entgegenzutreten. Vielleicht erklärt sich zu einem gewissen Teile die außenpolitische Nervosität Frankreichs auch aus dieser fortdauernden innenpolitischen Zerfahrenheit, die gerade jetzt wieder deutlich in Erscheinung tritt.

Das Kabinett Doumergue im Todeskampf.

Widerstand der Radikalsozialisten gegen die Verfassungsreform.

Eine Trauersitzung der Kammer.

(!) **Paris**, 6. November.

Der französische Ministerrat hat am Dienstag von 11 bis 13 Uhr getagt. Alle Minister mit Ausnahme Tardieus, der krank ist, waren anwesend. Außenminister Laval erstattete einen Bericht über die außenpolitische Lage und der Luftfahrtminister berichtete über den Unfall des deutschen Postflugzeuges sowie die Maßnahmen, die die französische Regierung zur Hilfeleistung für die Insassen und zur Bergung und Weiterleitung der Post ergriffen habe.

In der Kammersitzung am Nachmittag hielt der Kammerpräsident einen Nachruf auf König Alexander von Südslawien, Barthou und Poincaré, den die Kammer stehend anhörte. Der linke Flügel brach mehrfach in lebhaften Beifall aus bei Hinweisen des Redners auf die Treue Barthous und Poincarés zu den Einrichtungen der Republik und des Parlamentarismus.

Im Namen der Regierung verlas Ministerpräsident Doumergue in der Kammer und Justizminister Lemery im Senat einen Nachruf. Während Ministerpräsident Doumergue von der Regierungsbank aus sprach, blieb der linke Flügel des Hauses sitzen. Die Kammer vertagte sich dann zum Zeichen der Trauer auf Donnerstag nachmittag.

Obgleich in der amtlichen Mitteilung über den am Vormittag abgehaltenen Ministerrat kein Wort über die innerpolitischen Schwierigkeiten enthalten war, so erfährt man aus politischen Kreisen, daß der Ministerrat zum größten Teil der Beratung über die Haltung der radikalsozialistischen Vertreter im Kabinett gegenüber der Vorlage der drei provisorischen Haushaltszwölftel gewidmet war.

Man versichert, daß Staatsminister Herriot seinen Kollegen klar und deutlich zu verstehen gegeben hat, daß seine politischen Freunde es ablehnten, Doumergue auf diesem Wege zu folgen.

Doumergue soll darauf Herriot die Frage gestellt haben, welche Folge seiner Ansicht nach der Rücktritt der sechs radikalsozialistischen Minister haben würde. Um hierüber zu beraten, haben sich Herriot und seine radikalsozialistischen Kollegen in einen Nebensaal zurückgezogen und über eine halbe Stunde beraten. Schließlich soll Herriot sich bereitgefunden haben, seine Entscheidung bis zum nächsten Ministerrat zu vertagen, der Donnerstag um 10 Uhr vormittags stattfindet. Wenn Staatsminister Herriot mit seinen radikalsozialistischen Kollegen zurücktreten sollte, so rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß

Ministerpräsident Doumergue unverzüglich dem Präsidenten der Republik den Gesamtrücktritt des Kabinetts mitteilen werde.

Die 167 Mitglieder zählende Senatsfraktion der Demokratischen Linken hat mit 96 gegen 2 Stimmen, also in Abwesenheit von 69 Fraktionsmitgliedern, den Beschluß gefaßt, Ministerpräsident Doumergue vor einer Verfassungsreform zu warnen, die die Beseitigung des Senatsgutachtens im Falle einer Kammerauflösung zur Folge hätte.

In der Sitzung der radikalsozialistischen Kammerfraktion gab Herriot, der in Begleitung der übrigen radikalsozialistischen Minister erschienen war, der Fraktion Bericht über die Lage. Er betonte, daß bisher weder der verfassungsändernde Gesetzentwurf noch die Vorlage der provisorischen Haushaltszwölftel eingebracht worden sei, da die radikalsozialistischen Minister ihre Fraktion nicht vor eine vollendete Tatsache stellen wollten.

Herriot vertrat den Standpunkt, daß die Fraktion über das Verhalten der radikalsozialistischen Minister zu beschließen habe und betonte, daß er bereit sei, sich danach zu richten.

Innenminister Marchandeau wies auf die Gefahren hin, die eine Ministerkrise unter den gegenwärtigen Umständen bringen würde. Eine Staatsreform sei wünschenswert. Nur die Nationalversammlung könne eine Staatsreform vornehmen, die der Regierung ausreichende Autorität und Festigkeit verleihe.

Es verlautet, daß die Kammerfraktion mit allen gegen zwei Stimmen eine Entschließung angenommen habe, die den Regierungsvorschlag auf Verabschiedung der vorläufigen Haushaltszwölftel ablehnt und statt dessen die sofortige Verabschiedung des gesamten Haushaltsvoranschlages für 1935 verlangt. Der Inhalt der Entschließung ist vorläufig noch nicht bekannt. Sie soll jedoch nicht grundsätzlich gegen die Staatsreformpläne Doumergues Stellung nehmen, wenn sie auch hinsichtlich der vom Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Neuregelung der Kammerauflösung Abänderung verlangt.

Die Entschließung soll dem für Donnerstag einberufenen Ministerrat vorgelegt werden, der dann einen Beschluß zu fassen hätte. Es dürfte sich jetzt um eine taktisches Manöver handeln, durch das die Beteiligten die letzten Möglichkeiten für eine Verständigung ausnutzen und die Verantwortung für eine Krise vor der öffentlichen Meinung von sich weisen wollen. Falls der Ministerpräsident den Radikalsozia-

Ein zweiter Fall Dreyfus?

Der Belforter Spionageprozeß.

(!) **Paris**, 5. November.

Das Strafgericht von Belfort hat am Montag das Urteil im Prozeß gegen den wegen Spionage angeklagten Militärintendanten Frogé und den früheren polnischen Offizier Kraus gefällt. Das Urteil gegen Frogé lautete auf 5000 Franken Geldstrafe, 5 Jahre Gefängnis, 10 Jahre Ehrverlust und 10 Jahre Aufenthaltsverbot. Kraus wurde zu 5 Jahren Gefängnis, 3000 Franken Geldstrafe, 10 Jahren Ehrverlust und 10 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt, wobei die über ihn verhängte Strafe der Pariser Strafkammer, wo er am 11. Oktober zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, in Anrechnung gebracht wird. Die beiden Angeklagten haben außerdem die Kosten der Gerichtsverhandlungen zu tragen, die ihnen gegebenenfalls weitere 6 Monate Gefängnis einbringen können.

Dem Prozeß liegen folgende Vorgänge zu Grunde: Im März 1932 entdeckte der Militärintendant Derenque von Belfort, dem Frogé damals zugeteilt war, daß

der Geheimplan zum Schutz der Festung und Stadt Belfort im Fall politischer Unruhen oder Revolten verschwunden war.

Er erstattete Anzeige in Paris, wo zwei Beamte der Sicherheitspolizei mit der Durchführung der Untersuchung beauftragt wurden. Diese beschuldigten nach einer kurzen Nachforschung Frogé, den wichtigen Plan gestohlen zu haben. Eine Haussuchung bei Frogé verlief ergebnislos. Schließlich wurde die dunkle Angelegenheit niedergeschlagen. Zwei Monate später trat ein ehemaliger österreichischer Offizier mit Namen Geißmann in den Geheimdienst der Pariser Sicherheitspolizei ein. Geißmann erklärte, einen von Frogé unterzeichneten Brief an einen in Wiesbaden wohnenden deutschen Spion in Besitz zu haben. Dieser Brief erwies sich jedoch als eine Fälschung, und wieder mußte das Verfahren gegen Frogé eingestellt werden.

Am 3. Mai dieses Jahres wurde in den Tuilerien ein gewisser Kraus verhaftet, der angeblich im deutschen Geheimdienst tätig gewesen sein soll und der bei seiner Vernehmung aussagte, schon im Jahre 1921 von Frogé einige wichtige Schriftstücke erhalten zu haben.

Eine Gegenüberstellung von Kraus und Frogé verlief sehr dramatisch, brachte aber keine Klärung. Die Belastungszeugen waren fast alles Doppelagenten, ehemalige Deserteure und bezahlte Spitzel der Pariser Sicherheitspolizei, von denen einer bereits als Fälscher entlarvt werden konnte.

Der Fall Frogé hatte vor einigen Monaten die Leidenschaften mächtig aufgewühlt. Aehnlich wie vor Jahren im Fall Dreyfus, allerdings in kleinerem Ausmaß, gibt es hier zwei Lager, die für oder gegen den beschuldigten Offizier Partei ergreifen. An der Spitze der von der Unschuld des Angeklagten Ueberzeugten marschiert Frogés Bruder, der Hauptmann Christian Frogé, der seit Wochen in zahlreichen und sehr stürmischen öffentlichen Versammlungen die Ehre seines Bruders und die Ehre des eignen Namens gegen die schwerwiegenden Angriffe zu verteidigen sucht. Er und seine zahlreichen Anhänger behaupten, die Anklage gegen seinen Bruder sei von der Sicherheitspolizei künstlich aufgebaut worden, um die wirklich Schuldigen zu decken.



Der große Rundfunkprozeß hat begonnen.

Ganz im Hintergrund sieht man (stehend) Dr. Hans Bredow während seiner Vernehmung. Etwas mehr rechts Dr. Kurt Magnus. In der mittleren Reihe sitzen die Verteidiger und vorn (von links nach rechts) Bankdirektor Emil Zorek, kaufmännischer Direktor Korte, Dr. med. Erwin Jaeger, kaufmännischer Direktor Fritz Kohl, Rechtsanwalt und Notar Dr. Hans Otto, Dr. med. Hans Fleisch.

3. 11.

Brief	Geld	bezahlt
14.18		
	13.95	13.95
14.08	14.04	14.06
14.24	14.22	14.23
14.37	14.34	14.35
14.45	14.43	14.44
—	—	—

	5. 11.	3. 11.
	6.34	6.40
	6.28	6.34
	6.23	6.29
	6.17	6.24
	6.16	6.23
	6.15	6.22
	6.15	6.22
	6.14	6.22
	6.12	6.21
	6.11	6.20

11. | 3. 11. 7900

5. 11.	3. 11.
6.08	6.08
5.13	5.13
5.28	5.23
5.15	5.15
3.32	3.32
3.52	3.52
3.37	3.37
3.57	3.57

dis u. Upper F.G.F.

3. 11. kellaridis	Upper F.G.F.
8.10	7.03
8.09	7.06
8.12	7.06
8.14	7.09
8.15	7.12
8.16	7.12
8.20	7.17
8.38	7.21

	5. 11.	3. 11.
	12.20	12.23—24
	12.18	12.22
	11.88	11.94

nz: stetig

	2. 11.	3. 11.
	12.14—15	12.22—23
	12.14	12.21
	12.13	12.20—21
	12.05	12.13
er	11.97	12.04
	11.89—90	11.95—96

nz: stetig

Häfen	2000
	30000
	—
	4000
inent	41000
	11000
r. Ballen	—
ko	—

nb. 1934.

	heute	Vortag
VIII	196	196
IX	198	198
XI	200	200

RM.
sammen 3% zulässig.

	heute	Vortag
HH	156	156
X	158	158
I	160	160

RM.
sammen 2% zulässig.

ladungskosten daselbst.
ab Mühle.

leie	
biet V	9.55
biet VI	9.60
biet VII	9.70
biet VIII	9.75
biet IX	9.90
biet XI	10.00

brutto einschl. Sack

er W. V. Berlin

	heute	Vortag
iet VIII	22.05	22.05
iet IX	22.35	22.35
iet XI	22.65	22.65

. Frachtausgleich

den per 50 kg gehandelt.

esetzl. Erzeugerpreis

147	X 154	XIII	159
151	XI 156	XIV	161

Sept. —
Okt. —
Nov. —
Sept. —
Okt. —
Nov. 131 nom.

Suche für sofort einen zuverlässig.
Knecht
der mit Pferden umgehen kann.
Bauer Rövekamp, Freckenhorst

Gesuche

Mädel
Anfang 40, aus gut bürgerl. Verhältnissen, perfekt in Haushalt und Geschäft, sucht Wirkungskreis. Off. unter D 338 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster.

Junges kath. **Mädchen** 25 J., in all. Hausarbeiten erfahren, **sucht Stellung** am liebst. Privathausb. Gute Zeugnisse vorh. Angeb. unt. M W 45 an die Gronauer Volkszeitung, Gronau, Bahnhofstraße 2.

Eine Klein-Anzeige in den Zeno-Zeitungen hat großen Erfolg!

listen keine Zugeständnisse macht, soll er augenscheinlich für den Ausbruch der Krise verantwortlich erscheinen.

Vollzogener Bruch des Burgfriedens.

DNB **Paris**, 6. Novbr.

Ein Teil der Pariser Abendblätter betrachtet den Rücktritt der radikalsozialistischen Minister bereits als vollzogen. Die „Liberté" gibt ein in parlamentarischen Kreisen umgehendes Gerücht wieder, wonach die radikalsozialistischen Minister bereits in der Tat zurückgetreten seien, diesen Beschluß jedoch erst am Donnerstag amtlich mitteilen würden. Die Vertagung der Bekanntgabe sei auf Vorstellungen des Präsidenten der Republik zurückzuführen, dem daran gelegen gewesen sei, daß die Regierung sich vollzählig zu der Trauersitzung in der Kammer einfinde. Auch die Abendzeitung „La Presse" spricht von dem vollzogenen Bruch des Burgfriedens, während der oppositionelle „Notre Temps" vom „Todeskampf des Kabinetts" spricht.

An sich eilen diese Meldungen den Tatsachen voraus, da sie vor dem Schluß der radikalsozialistischen Fraktionssitzung veröffentlicht worden sind, der Herriot und seine Kollegen die endgültige Entscheidung überlassen haben. Es trifft aber zu, daß kaum noch jemand an eine Lösung der Krise glaubt.

Die „Liberté" gibt den Kammern den Rat, sich in Acht zu nehmen, da sie durch den Sturz des Kabinetts Doumergue gegen den Willen und die Gefühle des Landes verstoßen würden.

Der deutsche Botschafter bei Laval.

(!) **Paris**, 6. November.

Havas meldet: Der französische Außenminister Laval hat Dienstag nachmittag den deutschen Botschafter Roland Köster empfangen, mit dem er sich ausführlich über die verschiedenen Probleme unterhalten hat, die beide Länder interessieren, insbesondere über gewisse Fragen der Volksabstimmung im Saargebiet. Im Verlaufe dieser sehr höflichen Unterredung hat der französische Außenminister festgestellt, daß Frankreich auf keine der Pflichten, die ihm in Ausführung seiner internationalen Verpflichtungen dem Völkerbund gegenüber obliegen, verzichten wolle, noch könne. Außenminister Laval legte andererseits Wert darauf, die Mitteilungen der ausländischen Presse über angebliche militärische Maßnahmen und insbesondere über Truppenverschiebungen zu dementieren, um damit jedem Mißverständnis die Spitze abzubrechen. Der Botschafter hat, indem er der Auffassung der Reichsregierung Ausdruck verlieh, bestätigt, daß Deutschland in keiner Weise die durch den Friedensvertrag festgesetzten Bedingungen zur Gewährleistung der Abstimmungsfreiheit der Saarländer verkennen wolle. Der französische Außenminister nahm mit Genugtuung diese Erklärung zur Kenntnis, um seinerseits daran zu erinnern, daß die Absichten der französischen Regierung hinsichtlich der völligen Achtung dieser Abstimmungsfreiheit stets ebenso klar gewesen seien.

Der Dreierausschuß in Rom

▲ **Rom**, 6. November.

Am Dienstag vormittag fand im Palazzo Chigi eine Zusammenkunft des Dreierausschusses für die Saarabstimmung, bestehend aus dem Vorsitzenden Baron Aloisi, dem Argentinier Cantilo und dem Spanier Olivan statt. Der Zweck der Sitzung in Rom ist der, die Ergebnisse der bisherigen Schritte und Studien zu überprüfen und Vorschläge zu machen, die dem Völkerbundsrat in seiner nächsten Sitzung unterbreitet werden sollen.

Bredow nicht „Vater des Rundfunks".

Die Entstehung der Reichsrundfunkgesellschaft

⌄ **Berlin**, 6. November.

Zu Beginn der Dienstagssitzung im großen Rundfunkprozeß setzte der Hauptangeklagte Bredow seine Darstellung über die Entstehungsgeschichte und den Ausbau des Rundfunks fort. Bredow schilderte ausführlich die finanziellen Schwierigkeiten, die in der letzten Inflationszeit und in der Uebergangszeit zur Stabilisierung der Währung der Bau der Sender gemacht habe.

Bredow gab zu, daß er, um Mittel für den Ausbau des Sendernetzes zu beschaffen, unter Verletzung des Haushaltsrechtes die Rundfunkindustrie und den Rundfunkhandel zu verschiedenen Abgaben gezwungen habe, so durch Banderolierung der Röhren und Gebühren für die Prüfung und Stempelung der Geräte. Aber nur dadurch sei überhaupt die weitere Entwicklung des Rundfunks ermöglicht worden. Alle diese Sondermaßnahmen habe er aufgehoben, als der Ausbau des Sendernetzes aus ordentlichen Haushaltsmitteln möglich gewesen sei und die Reichspost die Finanzierung übernommen hatte.

Der Angeklagte Magnus berichtete eingehend über die kaufmännische Seite der Gründung des Berliner Rundfunks. Der Fox-Konzern habe sich im Herbst 1923 bereit erklärt, für die Gründung 3000 englische Pfund zu zeichnen. Der Konzern habe dafür zunächst sämtliche Aktien übernommen. Bei der Gründung der AG. seien insgesamt 60 000 Goldmark eingesetzt worden, mit denen der Betrieb aufgenommen worden sei. Entsprechend den Vertragsbestimmungen habe der Fox-Konzern dann 1924 51 v. H. der Aktien übergeben, und zwar zum Teil an die „Deutsche Stunde", die die Vertreterin der Interessen der Reichspost gewesen sei, an die Reichspost selbst und zum Teil an die Dradag. Die Einrichtung des Rundfunks sei vom Fox-Konzern leihweise zur Verfügung gestellt worden.

Der Rundfunk habe sofort große Gewinne abgeworfen. Schon 1926 seien 2 Millionen Reingewinn zu verzeichnen gewesen, die an die inzwischen gegründete Reichsrundfunk-Gesellschaft hätten abgeführt werden können.

Nachdem im weiteren Verlauf der Vormittagssitzung sämtliche angeklagten Persönlichkeiten der örtlichen Sendegesellschaften über deren Gründung und finanzielle Entwicklung berichtet hatten, äußerte sich der Hauptangeklagte Bredow in einem mehrstündigen zusammenhängenden Vortrag über die Entstehungsgeschichte und die Gründung der Reichsrundfunkgesellschaft.

Er betonte, die Reichspost habe den Privataktionären der einzelnen Sendegesellschaften die Sicherung des Rundfunkbetriebes durch einen auf 5 Jahre laufenden Konzeptionsvertrag zugesagt. Von den der Deutschen Stunde und der Dradag gehörigen 51 Prozent Aktienteilen wurden der Reichspost 17 Prozent zugesichert. Die Dradag und die Deutsche Stunde waren zwar Privatgesellschaften, empfingen aber ihre Richtlinien vom Reichspostministerium.

Bredow hob hervor, daß er der Dradag auf die Dauer das Recht einer Dachgesellschaft für den Rundfunk nicht zugestehen wollte, da sich die Dradag durch ihren Leiter, den Sozialdemokraten Heilmann, in rein politischem Fahrwasser befand. Er habe darum mit der Durchführung des Vertrages, der der Reichspost 17 Prozent der Anteile zusicherte, gezögert, um nicht gezwungen zu sein, die Reichspost mit der politischen Dradag zu verkoppeln.

Bredow schilderte dann weiter, wie er mit den Ministern Schiele und Stingl im Januar 1925 die Gründung einer politisch-neutralen Reichsrundfunkgesellschaft vereinbart habe, die unter dem Einfluß des Reichspostministeriums stehen sollte.

Die Dradag sollte nur als Nachrichtenlieferant für die Sendegesellschaften in Erscheinung treten, aber keinerlei Einfluß auf diese haben. Der Angeklagte Bredow gab dann weiter an, daß ihm die Minister Schiele und Stingl nahegelegt hätten, selbst die Leitung der Reichsrundfunkgesellschaft zu übernehmen, da er angesichts seiner Sachkenntnisse der einzige geeignete Mann dazu sei. Er habe sich erst nach einigem Zögern zu der Annahme dieses Amtes entschlossen, und zwar zunächst mit dem Titel Rundfunkkommissar des Reichspostministeriums ehrenamtlich, vom 1. Juli 1926 ab unter Ausscheidung aus dem Staatsdienste hauptamtlich.

Bredow wies mit Nachdruck zurück, sich selbst jemals „Vater des Rundfunks" genannt zu haben. Diese Bezeichnung sei ihm von unterwürfigen Schmeichlern gegeben worden.

Er habe sie niemals für sich in Anspruch genommen. Zum Schluß der Nachmittagssitzung schilderte Bredow, daß der Rundfunkbetrieb eine schwere Belastung durch die Forderung der Länder erhalten habe, in den örtlichen Sendegesellschaften politische und kulturelle Ueberwachungsausschüsse einzusetzen. In diesen Ausschüssen saßen die Parteivertreter der einzelnen Landtage. So waren über 100 Parteivertreter im ganzen Reich in der Lage, in die Rundfunkangelegenheiten hineinzureden. Bredow schloß seine Ausführungen: Die Größe der Tragik dieses Zustandes kann man erst heute ermessen, wo alles von einer Persönlichkeit gemacht wird im autoritären Staat Adolf Hitlers.

Die Sitzung wurde auf Donnerstag vertagt.

Rot-Sport im Saargebiet.

DNB **Saarbrücken**, 6. November.

Ueber den gemeldeten Zwischenfall in Landsweiler liegt eine polizeiliche Verlautbarung immer noch nicht vor. Indessen häufen sich die Anzeichen dafür, daß es sich hier um eine regelrechte, von einer zentralen Stelle vorbereitete Aktion der kommunistisch-marxistischen Einheitsfront gehandelt hat mit dem Ziel, Zwischenfälle über Zwischenfälle hervorzurufen, um auf einen militärischen Einmarsch der Franzosen hinzutreiben und, wenn möglich, noch in letzter Stunde eine Verschiebung der Abstimmung zu erreichen.

Im Zusammenhang mit diesen Plänen ist eine Mitteilung der „Volksstimme" bemerkenswert, nach der sich eine rote „Einheitsfront des Sportes" gebildet hat, zu der sich die kommunistischen und sozialistischen Gruppen der sogenannten Arbeitersportbewegung zusammengeschlossen haben. Die Mitglieder der „Einheitsfront des Sportes" werden verpflichtet, bei den Staffeln des „Massenselbstschutzes" mitzuwirken. Es handelt sich zweifellos um einen klaren Verstoß gegen die Ordnung. Die Aufgabe dieser „Einheitsfront des Sportes" wird ihren besonderen Sport darin sehen, genau wie in Landsweiler mit Stahlruten, Steinen und Revolvern bewaffnet aufzutreten und die Bevölkerung zu terrorisieren. Die Vorgänge von Landsweiler dürften höchstwahrscheinlich sogar als eine Art Generalprobe dieser roten „Schutzstaffeln" zu betrachten sein.

★

Der kommunistische Ueberfall von Landsweiler ist eine unmittelbare Folge der französischen Einmarschdrohungen, die Kommunisten wollten es sich offenbar nicht zweimal sagen lassen, daß sie mit dem Einmarsch französischer Truppen rechnen können, falls sie Unruhen heraufbeschwören. Die Regierungskommission aber, sowie die Weltöffentlichkeit haben diesmal die beste Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, von welcher Seite in Wahrheit Terror und Provokation ausgehen und wer heute ein positives Interesse an Zwischenfällen hat.

Neuer Generalstreik in Spanien.

DNB **Madrid**, 6. Nov.

Die syndikalistischen Gewerkschaften (C. N. T.) haben, wie am Dienstag abend gemeldet wird, in verschiedenen Städten Spaniens den Generalstreik ausgerufen. Bis jetzt steht fest, daß in Saragossa der größte Teil der Bauarbeiter und Kellner dem Streikaufruf Folge geleistet hat. Auch aus Alicante kommen Gerüchte über die Arbeitsniederlegung verschiedener Berufsgruppen. Demnach scheint die Drohung der Syndikalisten und Anarchisten (die an den letzten Unruhen nicht beteiligt waren), im Falle der Vollstreckung von Todesurteilen den Generalstreik zu erklären, nunmehr durchgeführt zu werden.

Das ägyptische Kabinett zurückgetreten.

× **Kairo**, 6. November.

König Fuad hat am Dienstag den Rücktritt des Kabinetts Yehia Pascha angenommen, das bekanntlich in einen starken Gegensatz zu dem britischen Oberkommissar geraten war. Der Rücktritt wurde bereits seit einigen Tagen erwartet. Für das neue Kabinett werden besonders zwei Namen genannt, Tewfik Nessim Pascha und Ali Maher Pascha. Die Betrauung des ersteren würde einen Wechsel in der inneren Politik bedeuten und zwar in der Richtung einer nationalen Sammlung. Bei einer Betreuung Ali Maher Paschas wäre mit einer Beibehaltung des bisherigen Kurses zu rechnen. In hiesigen politischen Kreisen besteht der Eindruck, daß Ali Maher Pascha dem König sehr genehm wäre.

Der Marseiller Königsmord geklärt?

Heftige Vorwürfe gegen die österreichischen Legitimisten.

DNB **Belgrad**, 6. November.

Die halbamtliche „Vreme" hält das Marseiller Verbrechen für nunmehr vollkommen geklärt. Dem Blatt zufolge soll die Untersuchung einwandfrei festgestellt haben, daß Pawelitsch, der Chef der Terroristen-Organisation, den Auftrag zur Ermordung des Königs Alexander gegeben habe. Ferner habe der in Wien verhaftete Oberstleutnant Pertschewitsch aus Janka-Puszta durch das „Schwarze Los" eine Gruppe von drei Mann bestimmt, die den Befehl zum Anschlag erhalten hätten. Der Haupttäter Georgieff sei jedoch von Pawelitsch ausgewählt worden. Er sei aus Italien nach Zürich gekommen, und zwar in Gesellschaft von Kwaternik, wo die beiden die aus Ungarn kommende Gruppe erwartet hätten. Kwaternik habe an die Terroristen Geld und Waffen verteilt; die Waffen seien in Triest bei der Firma Angelini und Bernardon gekauft worden. Die italienische Polizei habe dies zugegeben.

Dieselbe Waffenfirma habe seit jeher mit Pawelitsch wegen der Ausrüstung der südslawischen Aufständischen in Verbindung gestanden, die in verschiedenen Lagern in Italien und Ungarn untergebracht gewesen seien.

Nach Abschluß der polizeilichen Untersuchung werde der „Vreme" zufolge der Völkerbund das Wort erhalten, um den politischen Hintergrund des Anschlags zu klären. Südslawien werde aber noch mit Frankreich und der Kleinen Entente eingehend darüber beraten, ob und wann der Völkerbund angerufen werden solle.

Auch die „Politika" sagt, daß der Mordauftrag von seiten des in Italien weilenden Pawelitsch gekommen sei, betont jedoch, daß der Hauptorganisator der Verschwörung der Oberstleutnant Pertschewitsch sei. Das Blatt wiederholt in diesem Zusammenhang seine Beschuldigungen gegen die habsburgischen Legitimisten in Oesterreich und weist darauf hin, daß Pertschewitsch mit ihnen die engsten Beziehungen unterhalten habe. Die monarchistischen Blätter in Wien, „Der Oesterreicher", „Wiener Zeitung" und „Reichspost", hätten ihn auch, ohne das Ergebnis der Marseiller Untersuchung abzuwarten, sogleich verteidigt und ihn als einen „angesehenen und ehrenhaften Mann" hingestellt. Die österreichischen Monarchisten seien wiederum ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Regierungsfront.

Die „Politika" behauptet weiter, daß hinter dem Anschlag auch der ehemalige österreichisch-ungarische Generalstab stehe.

Besonderes Aufsehen erregen die Geständnisse des bulgarischen Mitgliedes der Macedonischen Organisation, Kyrill Drangoff, über die Teilnahme amtlicher ungarischer Stellen an den terroristischen Vorbereitungen gegen Südslawien.

Der „Treme" zufolge soll Drangoff ausgesagt haben, daß seit dem Frühjahr 1933 die südslawischen Emigranten als eine eigene Abteilung in das ungarische Heer eingegliedert würden.

Dieser Beschluß sei auf einer gemeinsamen Sitzung der ungarischen Verbände „Tees" und „Mowe" gefaßt worden, der auch der Hüter der heiligen Stephans-Krone, Baron Perenyi, beigewohnt habe. Ferner seien ein Vertreter des ungarischen Honved-Ministeriums und der Ministerialdirektor Apor vom ungarischen Außenministerium anwesend gewesen. Die Emigranten seien durch die Verbände „Tees" und „Mowe", deren Ehrenpräsident der ungarische Ministerpräsident Gömbös ist, mit Geldmitteln unterstützt worden.

Die „Vreme" fügt hinzu, daß Kyrill Drangoff außer diesem Geständnis noch weitere Enthüllungen gemacht habe, die ebenso Aufsehen erregende wie vernichtende Anklagen gegen andere Staaten darstellten.

Es wird aber nicht gesagt, wer diese andere Staaten sind.

Ferner meldet die „Vreme" aus Wien, daß Oberstleutnant Pertschewitsch vor seiner Abreise nach Ungarn, wo er auf der „Janka-Puszta" die Attentäter auswählte, mit dem Wiener ungarischen Gesandten Apor eine lange Unterredung hatte. Pertschewitsch soll auf der Janka-Puszta erklärt haben, daß er mit dem ungarischen Gesandten die Art und Weise besprochen habe, wie die Attentäter nach Frankreich zu bringen seien.

Die Belgrader Presse fordert Sanktionen gegenüber Ungarn.

× **Belgrad**, 6. November.

In ihren Erörterungen über den Marseiller Anschlag halten sich die Blätter auch weiterhin im großen und ganzen an die Schreibweise der französischen Presse. Sie spitzen daher ihre Angriffe auf Ungarn zu und belasten Budapest fast ausschließlich mit der Verantwortung für den Königsmord. Auch die Heftigkeit der Angriffe hat keineswegs nachgelassen, sie steigert sich eher von Tag zu Tag. Es werden Sanktionen gegenüber Ungarn gefordert. Wie verlautet, haben inzwischen die Behörden begonnen, einzelne ungarische Staatsbürger, die in Südslawien Geschäften nachgingen, auszuweisen.

Die halbamtliche „Vreme" geht in einem Bericht aus Paris, in dem die „irredentistischen Vereine des Teß und Mowe" der Finanzierung des Königsmordes beschuldigt werden, zu direkten Angriffen auf den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös über. Die in Frankreich verhafteten Terroristen Pospischill, Rasitsch und Kralj hätten, diesem Pariser „Vreme"-Bericht zufolge, gestanden, mit ungarischen Generalstabs- und Truppenoffizieren eng zusammengearbeitet zu haben. „Vreme" nennt sogar eine Reihe dieser Offiziere mit Namen.

★

Die ganze ungarische Presse beschäftigt sich mit den Behauptungen der südslawischen Blätter. Das Blatt „Magyarsag" schreibt, die ungarische Presse habe bisher gegenüber diesen verantwortlichen Belgrader Anschuldigungen Zurückhaltung an den Tag gelegt. Der Ton und die Verleumdung der südslawischen Presse, die den europäischen Frieden gefährden könnten, würden aber nicht weiter geduldet werden.

Parlamentswahlen in den Vereinigten Staaten.

$ **Washington**, 6. Nov.

Am Dienstag fanden in 47 Staaten der Union die Wahlen für das Bundesparlament statt. 432 Abgeordnete des Repräsentantenhauses, 33 Senatoren (ein Drittel der Mitglieder des Senates) und 33 Gouverneure waren neu zu wählen.

Es handelt sich bei diesen Wahlen, die verfassungsmäßig alle zwei Jahre, am Dienstag nach dem ersten Montag im November stattfinden müssen, um ein ganz großes innerpolitisches Ereignis, insbesondere für den Präsidenten, der für seine Regierungstätigkeit bekanntlich in weitgehendem Maße auf einen ihm gegenüber günstig eingestellten Bundeskongreß angewiesen ist.

Ueber den Ausgang dieser Wahlen läßt sich bis zur Stunde noch nichts Genaues sagen. Jedoch geht die allgemeine Meinung dahin, daß die mit Präsident Roosevelt an der Regierung befindliche demokratische Partei auch im neuen Bundeskongreß die überwiegende Mehrheit behalten wird. Allerdings wird Roosevelt bei der Durchführung seiner neuen und zum Teil umwälzenden Maßnahmen auch bei einem überwiegend demokratisch gestimmten Bundeskongreß keinen leichten Stand haben, da die demokratische Partei in drei Gruppen zerfällt, von denen nur die freilich stärkste Mittelgruppe alle Maßnahmen des Präsidenten vorbehaltlos unterstützt. Der neue Parlamentsabschnitt beginnt mit dem 3. Januar 1935.

Für die deutsch-französische Verständigung.

20 000 Reichsmark für den besten Roman.

⌄ **Berlin**, 6. November.

Der deutsche Verlag Patscheri hat für den besten Roman, der das Problem der deutsch-französischen Verständigung behandelt, einen Preis von 20000 RM. ausgesetzt. Das Preisrichteramt hat deutscherseits der Präsident der Reichsschrifttumskammer Dr. Hans Friedrich Blunck übernommen. Die Bedingungen werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Schaie in Nizza festgenommen.

(!) **Paris**, 6. November.

In einem Hotel in Nizza wurde der deutsche Staatsangehörige Dr. jur. Friedrich Schaie, geboren in Leipzig, früherer Direktor Berliner Theater, auf Grund eines Auslieferungsantrages der Reichsregierung verhaftet. Dr. Schaie wurde wegen Vertrauensmißbrauchs und betrügerischen Bankerotts gesucht. Er verwahrte sich gegen seine Verhaftung und behauptete, daß man ihn lediglich unter einem Vorwand nach Deutschland befördern wolle, wo er unter dem Namen Rotter als Beteiligter in der sogenannten Rotter-Affäre bekannt sei. Schaie wurde der Staatsanwaltschaft in Aix-en-Provence zugeführt, wo über den Auslieferungsantrag Beschluß gefaßt werden wird.

Todesurteil wegen eines Eisenbahnunglücks in Sowjetrußland.

DNB **Moskau**, 5. November.

Das Gericht in Charkow verhandelte gegen drei Eisenbahnbeamte, die am 30. Oktober einen Zugzusammenstoß verschuldet hatten, wobei ein Beamter getötet und großer Sachschaden angerichtet worden war. Der Hauptangeklagte Linit wurde zum Tode durch Erschießen, die beiden anderen Angeklagten zu drei und fünf Jahren verurteilt.

In acht Tagen von Dessau nach Johannesburg.

DNB **Johannesburg** (Südafrika), 5. Nov.

Drei Junkers-Flugzeuge, die, wie gemeldet, vor genau acht Tagen in Dessau zu einem Fluge nach Südafrika gestartet waren, sind am Montag in Johannesburg eingetroffen. Die Flugzeuge haben für die gewaltige Strecke eine reine Flugzeit von nur 48 Stunden und 20 Minuten benötigt. Der Flug führte über Kairo, Chartum, Juba, Dodoma und Salisbury. Die Zuverlässigkeit der deutschen Maschinen wurde während eines furchtbaren Tropengewitters über dem Weißen Nil auf eine schwere Probe gestellt, jedoch konnten alle drei Flugzeuge ohne jede Beschädigung ihren Flug durchführen. Der Empfang in Johannesburg war außerordentlich freundlich.

Nach dem Pazifikflug wartete der Gerichtsvollzieher.

Das Flugzeug von Kingsford-Smith gepfändet.

$ **Los Angeles**, 6. November.

Das Flugzeug, in dem Sir Charles Kingsford-Smith kürzlich den Stillen Ozean überquert hat, ist auf Veranlassung eines Mannes, der behauptet, der berühmte Flieger schulde ihm 2750 Dollar, mit Beschlag belegt worden. Ein Gerichtsvollzieher hat sich des Apparates bemächtigt und unmittelbar dabei auf einem Lehnstuhl Platz genommen, um das Flugzeug im Auge zu behalten. Kingsford-Smith wird eine Sicherheit von 5500 Dollar hinterlegen müssen, wenn er die freie Verfügung über seine Maschine wiederzuerlangen wünscht.

Um berühmt zu werden wie Trotzki . . .

Matuschka erzählt vom „Geist Leo."

DNB **Budapest**, 6. November.

Am zweiten Verhandlungstage des Matuschka-Prozesses stand wiederum der vom Angeklagten immer wieder erwähnte „Geist Leo" im Mittelpunkt des Verhörs. Ueber die Beweggründe des Attentats erklärte Matuschka, er sei von einem Geist besessen gewesen. Nach einem Abendessen mit einem Kaplan, bei dem erheblich getrunken wurde, habe er den Geist Leo auf seinem Bettrand sitzend gefunden, der ihm zurief, er müsse Attentate verüben, um so berühmt wie Trotzky zu werden. Von diesem Moment an habe er sich als Attentäter gefühlt und den Entschluß zu Attentaten gefaßt. Der Geist habe ihm angeraten, eine religiös-kommunistische Sekte zu gründen. Matuschka teilte hierbei mit, daß er auch in Berlin versucht habe, eine Sekte religiöser Kommunisten ins Leben zu rufen und sich hierfür einen größeren Geldbetrag verschafft habe. Auf die Frage des Präsidenten, ob die Mitglieder der Sekte ihm bei der Durchführung der Attentate behilflich sein sollten, lehnte Matuschka dies entschieden ab und erklärte, er hätte nur christliche Arbeitslose in die Sekte aufnehmen wollen, Juden nur dann, wenn sie sich vorher taufen ließen.

Der Angeklagte schilderte dann die Vorbereitung für die Attentate von Ansbach und Jüterbog, verwickelte sich jedoch hierbei in erhebliche Widersprüche mit seinen vor dem Wiener Landesgericht zu Protokoll gegebenen Aussagen. Matuschka behauptete immer wieder, daß er durch die Attentate keineswegs Menschenleben vernichten, sondern nur seinen Namen in den Zeitungen lesen wollte. Der Präsident wies dem Angeklagten nach, daß er stets Anschläge auf Schnellzüge verübt und stets besonders gefährdete Bahnübergänge für die Attentate ausgesucht hätte.

Im Verhör zeigte der Angeklagte eine erstaunliche Fachkenntnis auf eisenbahntechnischem Gebiete und schilderte seinen Attentatsversuch bei Ansbach am Sylvesterabend 1930. Nach jedem Attentatsversuch habe er seine Kleider verbrannt, um das Geheimnis vor seiner Frau zu hüten. Auch in Ansbach hatte Matuschka einen Aufruf an die Arbeiter vorbereitet, den Zettel jedoch bei der Flucht wieder mit sich genommen. In dem Aufruf stand, „daß eine große Macht hinter der Arbeiterschaft stände."

Ein Antrag der Verteidigung, drei medizinische Sachverständige mit der Feststellung zu beauftragen, ob Matuschka besondere mediale Fähigkeiten habe und seine Eignung zum Medium zu untersuchen, wurde vom Vorsitzenden abgelehnt.